

# nachrichten

Das größte wirtschaftliche Problem der Philippinen ist das steigende Haushaltsdefizit. Letztes Jahr betrug es 199,9 Milliarden Pesos gemessen an einem Zielwert von 202 Milliarden. Dieses Jahr soll es auf 197,8 Milliarden sinken. Die Nation hat in neun der letzten dreizehn Jahre ein Haushaltsdefizit verbucht.

Das anschwellende Defizit blockiert die Wirtschaft, bläht die nationale Schuldenlast auf, lässt die Zinssätze ansteigen, treibt die Inflation an und gilt

als ein Zeichen von Misswirtschaft und schreckt somit potentielle ausländische Investoren ab.

Die öffentliche Verschuldung steigt; der Schuldendienst frisst über ein Drittel des nationalen Haushalts auf. Die öffentliche Schuldensumme der Regierung im September 2003 stand bei ca. 3,8 Milliarden Pesos, 90 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Die Bevölkerung des Landes ist eine der schnellst wachsenden Bevölkerungen in Asien und man erwartet, dass sie die 84 Millionen Marke dieses Jahr durchbricht. Die Bevölkerungszuwachsrate von 2,36 Prozent setzt die sozialen Dienste und die Infrastruktur unter Druck und verursacht die Überbevölkerung in den Städten.

Die Armutsrate ist von 31,8 Prozent im Jahre 1997 auf 33,7

## Stand der Dinge

Prozent im Jahre 2000 gestiegen. Absolut ausgedrückt sind das 32 Millionen arme Filipinos oder 40 Prozent der Bevölkerung, die unter der Armutsgrenze leben.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg letzten April auf 4,99 Millionen. Die Arbeitslosenrate ist damit auf 13,7 Prozent angewachsen, wobei sie im April vor einem Jahr noch bei 12,2 Prozent lag. Jedes Jahr treten etwa 1,9 Millionen Filipinos in den Arbeitsmarkt ein.

Erfreulicher ist der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes des Landes. Es nahm im ersten Quartal um 6,4 Prozent, im zweiten um 6,2 Prozent zu. Im gleichen Zeitraum letztes Jahr hatte der Anstieg 4,8 Prozent betragen. Bei diesem Zuwachs handelt es sich um die stärkste wirtschaftliche Leistung des Landes seit 2001.

Die Wirtschaft wird durch die Überweisungen der ca. 7 Millionen Filipinos, die im Ausland arbeiten, liquide gehalten. Laut Hochrechnungen werden die Überweisungen dieses Jahr von 7,6 Milliarden auf 8-9 Milliarden Dollar ansteigen.

Fazit: In der letzten Zeit konnten einige Fortschritte erzielt werden, aber die Situation insgesamt gestaltet sich immer noch düster, was dazu führt, dass fast ein Fünftel der Bevölkerung das Land verlässt oder zumindest darüber nachdenkt, ihr Glück im Ausland zu versuchen. Die Philippinen hätten zwar großes Potential, doch damit dieses optimal genutzt werden könne, brauche das Land eine gute Führung, so der Unternehmer Ramon Sy.

vgl. PDI, 27.7.04, Manila Times, 16.6.04, PDI, 23.8.04, PDI, 31.8.04

## Ein saurer Apfel

Zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit stellte Gloria Macapagal-Arroyo in ihrer Rede zur Lage der Nation (SONA) einen 10-Punkte-Plan vor, mit dem die Armut bekämpft werden soll. Darin kündigte sie folgende Maßnahmen und Ziele an:

1. Die Schaffung von 10 Mio. neuen Arbeitsplätzen in den nächsten sechs Jahren. Dies entspräche 2.700 neuen Jobs/Tag und damit genau der Zahl von Filipinos, die täglich das Land verlassen, um im Ausland nach einem Job zu suchen.
2. Eine Kreditvergabe an 3.000.000 Unternehmer.
3. Die Bereitstellung von einer Million Hektar Land für die Agrarindustrie.
4. Eine kostenlose Grundschulausbildung für jedes Kind.
5. Einen ausgeglichenen Haushalt.
6. Den Aufbau von Transport- und digitaler Infrastruktur
7. Elektrizität und Wasser für alle Barangays.
8. Verstärkte Auslagerung von Ministerien und nationalen Verwaltungseinrichtungen aus Metro Manila in die Provinzen.
9. Die Computerisierung der Wahlen.
10. Einheit und Geschlossenheit

Da es sich bei allen zehn Punkten um kostenintensive Maßnahmen handelt, sprach die Präsidentin in ihrer Rede auch an, wie die Staatseinnahmen erhöht werden sollten, damit die Maßnahmen überhaupt finanziert werden könnten. Sie führte in diesem Zusammenhang acht Maßnahmen an, die folgendes bewirken sollen: Sie sollen das Steuersystem von einem Mehrwertsteuersystem in ein System, das sich nach dem Bruttoeinkommen richtet, umwandeln, die Gewinne der Telekommunikationsunternehmen besteuern, die Einnahmen von den Verbrauchersteuern auf Alkohol und Tabakwaren und auf Erdölprodukte erhöhen, Steuererleichterungen reduzieren, das angestrebte Steuerbefreiungssystem einsetzen, und ein leistungsabhängiges System für Steuerbehörden schaffen.

Diese Reformvorschlüsse stoßen bei Unternehmern nicht unbedingt auf Gegenliebe. Wenn Arroyo jedoch keine höheren Einnahmen für den Staat erwirtschaften kann, dann wird ihr Zehnpunkte-Programm kaum Aussichten auf Erfolg haben.

vgl. PDI, 27.7.04, MT 28.7.04

## MILF-Gespräche vertagt

Sondierungsgespräche zwischen der philippinischen Regierung und der separatistischen Moro islamischen Befreiungsfront (MILF), die für den Anfang dieser Woche angesetzt worden waren, wurden infolge erneuter tödlich verlaufener Auseinandersetzungen verschoben, so ein Sprecher der Rebellen. Ein Soldat und zwei MILF-Kämpfer waren letzte Woche bei einer Auseinandersetzung in der Nähe der Stadt Datu Suadi Ampatuan in Mindanao getötet worden, so ein Mitglied des Militärs. Kabaalu bestritt, dass seine Organisation darin verwickelt gewesen sei, und sagte, dass der Kampf durch eine schon lange bestehende Fehde zwischen zwei bewaffneten Gruppen ausgelöst wurde und das Militär offenbar zwischen die Fronten geraten sei. Regierungssprecher standen für einen Kommentar des Sachverhaltes nicht zur Verfügung.

In der Zwischenzeit schickt Malaysia 60 leicht bewaffnete Friedenswächter nach Minda-

nao. Die malaysische Truppe, die Polizeibeamte, Soldaten und Diplomaten umfasst, soll ein Waffenstillstandsabkommen überwachen, das im Juli letzten Jahres geschlossen wurde, sagte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums.

Die Truppe soll vorerst 12 Monate aktiv sein, doch ihr Einsatz kann von Jahr zu Jahr verlängert werden, wenn sowohl die Regierung als auch die MILF dies fordern. Es stand noch nicht fest, wann die Truppe in die Philippinen aufbrechen werde. Die Moro-Rebellen baten derweil weitere Regierungen, schnell zu entscheiden, ob sie sich an einer internationalen Überwachungstruppe beteiligen wollten. Malaysia sollte ursprünglich von Gruppen aus Indonesien, Libyen, Saudi Arabien, Bahrain, Brunei und Japan unterstützt werden, so die MILF.

vgl. Business World 23.8.04

## Wasserprobleme

Wasser ist auf den Philippinen ein problematisches Thema — etwa die Wasserqualität. Das Grundwasser der Philippinen eigne sich nicht als Trinkwasser, so der Philippine Environment Monitor. Bei einer Untersuchung stellte sich heraus, dass das Wasser von 75 aus 129 untersuchten Brunnen in verschiedenen Teilen des Landes eine hohe Konzentration von Kolibakterien enthalte. Kolibakterien sind der Auslöser für Krankheiten wie Durchfall, Cholera und Hepatitis. Die meisten Filipinos versorgen sich aus Brunnen mit Trinkwasser. Nur die weiter entwickelten städtischen Zentren verfügen über ein Kanalisationsnetz, um das Wasser zu behandeln und es an den Endverbraucher weiterzuleiten. Doch auch das Leben in der Stadt garantiert nicht, dass das Wasser frei von Kolibakterien sei. In der Untersuchung zeigte sich, dass weniger als sieben Prozent von Metro Manila Zugang zum Leitungswassersystem hätten.

Ein Weltbankexperte gab an, dass ein neues Gesetz verabschiedet werden müsse, damit die Abwasserprobleme gelöst

werden könnten. Er schlug außerdem vor, dass mehr Geld in ein Kanalisationsnetz fließen solle, da ungeklärtes Abwasser der Gesundheit jedes einzelnen und zudem auch der Tourismusindustrie schaden würde.

Der Zugang zu Wasser ist auf den Philippinen gleichermaßen ein Problem, zumal Wasser als eine Folge der Privatisierung ein Handelsgut geworden ist. Seit der Privatisierung der Wasserversorgung in Metro Manila im Jahre 1997 sind die Wasserpreise um 400 Prozent erhöht worden und die Privatfirmen bieten ihre Dienste nicht wie versprochen flächendeckend an.

Die Regierung ist bei der Privatisierung des Wassersektors federführend und treibt diese trotz der schlechten Erfahrungen, die bisher gemacht wurden, in weiteren Städten und Provinzen voran. Die Entrüstung der Einheimischen über die Zerstörung der Flusssysteme ist groß. Minengesellschaften haben Wasserrechte zugesprochen bekommen, die in dem jeweiligen Gebiet Flüsse, Quellen und Bäche einschließen, welche die einheimi-

sche Bevölkerung für ihren häuslichen und landwirtschaftlichen Bedarf benutzen.

»Wasser wird zu einer Ware für den Profit großer Unternehmen,« sagte Joan Carling, die Vorsitzende der Cordillera People's Alliance. Die CPA fordert die Regierung auf, mit der Ausstellung von Wasserrechten aufzuhören, denn ob die Menschen eines Landes Zugang zu Wasser haben, hängt davon ab, wer die Wasservorräte kontrolliert. Dies zeigt eine Regierungsstudie von 1997. Obwohl die Philippinen darin einen Überschuss an Wasservorräten konstatierte, haben 63 Prozent der Bevölkerung keinen Zugang zu Trinkwasser und 47 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen fehlt es an Bewässerung. Präsidentin Arroyo versprach in ihrer Antrittsrede, dass sie sich des Problems annehmen werde.

vgl., MT 8.6.04, PDI 16.6.04,

# nachrichten

## Korruption

Jährlich gehen 100 Millionen Pesos des nationalen Budgets in den Philippinen durch Korruption verloren. Die Maßnahmen, die die Regierung bisher ergriffen hat, um den Verlust einzudämmen, ist nicht ausreichend, um Korruption einzudämmen. Zu diesem Schluss kommt das UN Entwicklungsprogramm, UNDP. In seinem Länderbericht von 2004 schreibt es, dass 13 Prozent des Budgets in die Taschen korrupter Beamte fließen und dass Korruption in der Politik eher Regel als Ausnahme ist würde.

vgl. PDI, 4.7.04

## Frauen in Ämtern

Frauen sind in der Politik heutzutage viel stärker vertreten als in der Vergangenheit. Jose Abueva, ein politischer Analyst, beobachtet eine steigende Anzahl von Frauen, die Regierungsämter erringen. Die Chancen in der Politik seien für Männer und Frauen zwar noch nicht gleich, aber Frauen werden immer besser akzeptiert und man erkenne zunehmend an, was sie zu leisten vermögen. Dieser Trend ließe sich vor allem an den Wahlen vom 10. Mai mit dem Sieg Arroyos gegen Poe festmachen. Die Wähler hätten, so sagt Abueva, hohe Achtung für Bildung und weibliche Führungspersonen, die ebenso kompetent oder besser qualifiziert als ihre männlichen Mitbewerber seien.

Doch auch ohne direkt für ein politisches Amt zu kandidieren, hat sich die Präsenz der Frauen in der Politik erhöht, indem sie beispielsweise ihrem Ehemann beim Wahlkampf zur Seite stehen. Trotz der gestiegenen Akzeptanz wird es nach Angaben von Abueva noch einige Jahre dauern, bis die Gleichberechtigung von Männern und Frauen wirklich erreicht ist.

Mit der Gleichberechtigung von Männern und Frauen im politischen Sektor beschäftigt sich daher auch ein Gesetzesentwurf, der dem Repräsentantenhaus kürzlich vorgelegt wurde. Dieser Entwurf schreibt vor, dass bis zum Jahr 2010 mindestens 40 Prozent der Regierungsämter mit Frauen besetzt sein sollen. Dies solle dazu dienen, die Präsenz von Frauen in der Regierung, in Regierungsinstitutionen im Ausführungsdepartment zu er-

höhen. Das Gesetz ist ein Versuch, den Frauen einen Zugang zu politischen Entscheidungen zu sichern, ihre volle und aktive Beteiligung im Wahl- und politischen Prozess zu fördern und die Reformen bei der Einstellung, der Auswahl und den Ernennungsverfahren auf allen Ebenen zu institutionalisieren.

Das Gesetz würde verfügen, dass bei seiner Verabschiedung mindestens 33 Prozent der Regierungspositionen – in der Exekutive, Legislative und Judikative – an qualifizierte Frauen übergehen würden, wobei der Prozentsatz bis 2010 dann auf 40 Prozent ansteigen solle. Das würde bedeuten, dass auch das Militär und die Polizei gezwungen wären, mehr weibliches Personal einzustellen. Die politischen Parteien müssten 40 Prozent ihrer

Posten an Frauen abgeben und mindestens ein Zehntel ihres Budgets für Programme zur Geschlechtergleichstellung bereitstellen. Zusätzlich würden 33 Prozent der Stipendien, Zuschüsse, Forschungsstipendien und Ausbildungen im der National- und der Lokalregierungen an Frauen gehen. Bei einem Verstoß gegen das Gesetz würden schwere Strafen verhängt: Saftige Geldstrafen und ein Jahr Gefängnis. Ob das Gesetz kommen wird, bleibt allerdings abzuwarten.

vgl. MT, 23.8.04, MT 28.6.04